



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

**An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Bergisch Gladbach**

nachrichtlich:

an die Fraktionsgeschäftsstellen,
den Verwaltungsvorstand I und II,
die Fachbereiche 1-8,
die Stabstellen und
das Rechnungsprüfungsamt

**Allgemeine Verwaltung und
Verwaltungssteuerung**

Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
Sachbearbeiterin: Helga Monheim
Zimmer: 35
Telefon 02202/142245
Telefax 02202/14702245
Internet: <http://www.bergischgladbach.de>
E-Mail: H.Monheim@.stadt-gl.de

23.03.2012

Sitzung des Rates am 29.03.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, erhalten Sie anliegend die überarbeitete Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 29.03.2012, in die die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses am 20.03.2012 sowie des Haupt- und Finanzausschusses am 22.03.2012 eingefügt wurden (**Anlage 1** zu diesem Schreiben). Die Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Zu TOP A 4 ist diesem Schreiben als **Anlage 2** die Vorlage Nr. 0177/2012 – Mitteilungen des Bürgermeisters; hier: Übertragungen von Ermächtigungen im Erfolgs- und Vermögensplan aus dem Haushaltjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach – beigelegt.

Zu der Vorlage Nr. 0161/2012 zu TOP A 5 - Haushalt 2012/2013 und Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022 – sind diesem Schreiben eine ergänzende Unterlage der Verwaltung als **Anlage 3 a)**, zwei gemeinsame schriftliche Sachanträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion als **Anlagen 3 b) und 3 c)** sowie ein schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als **Anlage 3 d)** beigelegt, die den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses zur Sitzung am 22.03.2012 vorgelegt wurden.

Die Vorlagen Nr. 0127/2012 zu TOP A 11 – Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 im Kernhaushalt – und Nr. 0162/2012/1 zu TOP A 23.1 – Antrag der FDP-Fraktion vom 06.03.2012 (eingegangen am 07.03.2012) zum Haushalt 2012/2013 – wurden den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses, wie in der Einladung zur Ausschusssitzung angekündigt, zur Sitzung am 22.03.2012 nachgereicht und sind auch diesem Schreiben als **Anlagen 4 und 5** beigelegt.

www.bergischgladbach.de
info@stadt-gl.de

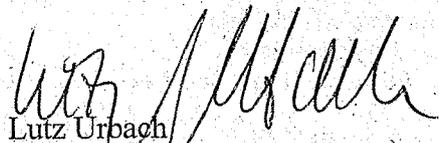
Allgemeine Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 9:00 12:00 Uhr
Donnerstag 14:00 18:00 Uhr
Abweichende Öffnungszeiten
sind oben vermerkt.

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Köln
Bankleitzahl 370 502 99
Konto 312 000 015
IBAN: DE93 3705 0299 0312 0000 15
SWIFT/BIC: COKSDE33

VR-Bank
Bergisch Gladbach · Overath · Rösrath eG
Bankleitzahl 370 626 00
Konto 3 702 425 017
IBAN: DE50 3706 2600 3702 4250 17
SWIFT/BIC: GENODED1PAF

Die diesbezüglichen Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses entnehmen Sie bitte der Anlage 1 zu diesem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Lutz Urbach
Bürgermeister

Anlagen

Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 29.03.2012
(in der Fassung vom 23.03.2012)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind – bis auf einige Ausnahmen – keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
Eine Erläuterung erübrigt sich.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung – öffentlicher Teil
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 14.02.2012 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 14.02.2012 – öffentlicher Teil
Vorlage: 0098/2012
Die Vorlage ist beigelegt.

4 Mitteilungen des Bürgermeisters
Evt. Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.

5 Haushalt 2012/2013 und Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022
Vorlage: 0161/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 dem Rat zunächst mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister empfohlen, einen Vertagungsantrag der SPD abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung von SPD und KIDinitiative empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich einer Erhöhung des Mittelansatzes der Produktgruppe 040.410 um 3.000,- EUR anzunehmen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei drei Enthaltungen aus den Reihen der SPD empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich einer Erhöhung des Mittelansatzes der Produktgruppe 005.500 um 15.000,- EUR anzunehmen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung der KIDitiative empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich einer Erhöhung des Mittelansatzes der Produktgruppe 005.520 um 60.000,- EUR anzunehmen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung der SPD empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich einer Erhöhung des Mittelansatzes der Produktgruppe 013.770 um 55.000,- EUR, verbunden mit dem Auftrag, im Jugendhilfeausschuss den Spielplatzbedarf im Stadtgebiet zu überprüfen sowie vermehrt Spielplatz(pflege)patenschaften aus der Bürgerschaft zu suchen, anzunehmen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei drei Enthaltungen aus den Reihen der SPD und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich der Aufnahme einer Einführung einer Zweitwohnungssteuer zur zusätzlichen dauerhaften Ergebnisverbesserung um 150.000,- EUR in das Haushaltssicherungskonzept anzunehmen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich einer Beauftragung der Verwaltung, die Priorisierung von Schulstandortschließungen (1. Reuterstraße, 2. Kleefeld, 3. Ahornweg, 4. OH-Schulzentrum) sowie die weiteren formalen Notwendigkeiten, wie von der Bezirksregierung gefordert, auszuarbeiten und entsprechend zu ergänzen, anzunehmen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung der SPD und KIDitiative empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich der Anbringung eines Sperrvermerkes in Höhe von 50.000,- EUR an der Investitionsmaßnahme I 77512302 – Erweiterung Friedhof Herkenrath - mit der Maßgabe anzunehmen, die Erweiterung kritisch zu überprüfen und vorher das zwanzig Jahre alte Friedhofskonzept unter Einbeziehung aller städtischer, kirchlicher und privater Friedhöfe fortzuschreiben. Die Aufhebung des Sperrvermerkes erfolgt durch Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung der SPD empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich der Einstellung der Investitionsliste Kunstrasenplätze Stadion und Refrath in den Haushalt bei gleichzeitiger Anbringung eines Sperrvermerkes bis zur endgültigen politischen Entscheidung anzunehmen. Die Aufhebung der Sperrvermerke soll durch entsprechende politische Beschlüsse erfolgen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich der Bereitstellung von Investitionsmitteln zur Öffnung der Fußgängerzone Bensberg im Haushalt 2012/2013 in Höhe von 65.000,- EUR bei gleichzeitiger Anbringung eines Sperrvermerkes, der durch Maßnahmebeschluss im zuständigen Ausschuss aufgehoben wird, anzunehmen. Als Gegenfinanzierung wird der Ansatz in der Investitionsliste I 82333008 785 1000 – Baukosten Jugend- und Sozialhäuser – um 65.000,- EUR reduziert.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der

SPD und gegen eine Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich der Umbenennung des Titels I 8233 3549 785 1000 - Generalsanierung Saaler Mühle – in „Sanierung weiterführende Schulen“ anzunehmen, da noch kein Beschluss in Bezug auf die HSK-Maßnahme getroffen wurde und damit diese Investivmittel für die Sanierung des beizubehaltenden Standortes verwendet werden, wo diese am dringendsten sind.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung gemäß dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB mit der folgenden Prüfung beauftragt:

001.010 – Gleichstellung: Reduzierung Personal auf das gesetzliche Mindestmaß = Reduzierung Personalkosten

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung gemäß dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Einstimmig bei Enthaltung der SPD mit den folgenden Prüfungen beauftragt:

Prüfauftrag an die Verwaltung für eine Organisations- und Produktuntersuchung: Verwaltung soll Angebote einholen für eine Organisations- und Produktuntersuchung der Stadtverwaltung mit externer Steuerung und Moderation. Erfahrungen Dritter, z.B. der vom Kreis kürzlich durchgeführten Untersuchung, sind einzubeziehen.

Prüfauftrag Stelle Bundeskinderschutzgesetz mit Sperrvermerk: Es soll geprüft werden, ob statt zwei Stellen vorerst nur eine Stelle zur Umsetzung und lokalen Konzepterarbeitung eingesetzt werden; abschließende Beratung im zuständigen Fachausschuss.

Prüfauftrag Stelle Emission und Lärmschutz mit Sperrvermerk: Es soll geprüft werden, ob diese neue Stelle für die Stadt gemäß Konnexität Kosten verursacht und wer diese letztlich trägt.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung von SPD und DIE LINKE./BfBB empfohlen, den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich der Anbringung der folgenden Sperrvermerke bis zur endgültigen Klärung der im Haushaltsplan angegebenen Beträge bzw. Veränderungen anzunehmen:

Produktgruppe	Bezeichnung	Zeile	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag der Sperre
001.200	Finanzmanagem.	15	Transferaufw.	2013	225.000,- EUR
005.520	Förder. fr. Träger	11	Personalaufw.	2012, 2013	60.000,- EUR
010.650	Denkmalschutz	11	Personalaufw.	2013	50.000,- EUR
014.736	Umweltschutz	11	Personalaufw.	2012, 2013	50.000,- EUR

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative sowie einer Enthaltung aus den Reihen der SPD empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB bezüglich der Aufnahme eines Mittelansatzes von 60.000,- EUR für das Sachkonto 5.339.000 in den Haushalt abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister empfohlen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Aufnahme eines Mittelansatzes von 30.000,- EUR für das Sachkonto

5.339.000 in den Haushalt abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP, DIE LINKE./BfBB und Bürgermeister empfohlen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Erhöhung des Mittelansatzes Parkraumbewirtschaftung für das Jahr 2013 um 200.000,- EUR abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung der SPD empfohlen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Erhöhung des Hebesatzes Gewerbesteuer abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von SPD und KIDitiative empfohlen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Erhöhung des Hebesatzes Grundsteuer abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB und KIDitiative empfohlen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Beschränkung der entschädigungsfähigen Fraktionssitzungen für Ratsmitglieder abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister empfohlen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Streichung der HSK-Maßnahme Abbau Schulbibliotheken sowie der Bibliothek Paffrath abzulehnen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat unter Berücksichtigung der vorgenannten Beschlüsse mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE./BfBB und KIDitiative bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Haushaltssatzung für die Jahre 2012 und 2013 sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2012 - 2022 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Die über die Veränderungsliste zusätzlich vorgesehenen Mittel zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung werden gesperrt. Der Kämmerer wird ermächtigt, diese Sperre nach Vorliegen der aufsichtsbehördlichen Zustimmung aufzuheben.

6 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2012/2013 Vorlage: 0521/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 dem Rat in separater Abstimmung einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB und KIDitiative sowie einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zunächst folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die in der Vorlage unter Punkt 1 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE./BfBB und KIDitiative bei einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der in der Vorlage unter Punkt 2 dargestellte Vorschlag bezüglich der Anhebung der Stelle Nr. 1-2-783 wird beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB und einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die übrigen in der Vorlage unter Punkt 2 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die in der Vorlage unter Punkt 3.1 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung einstimmig bei Enthaltung von SPD, DIE LINKE./BfBB und KIDinitiative folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die in der Vorlage unter Punkt 3.2 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB und KIDinitiative folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die in der Vorlage unter den Punkten 4.1 bis 5.5 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative sowie einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die in der Vorlage unter Punkt 5.6 dargestellten Vorschläge bezüglich der Streichung der Stellen ReinigerInnen werden beschlossen.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat in separater Abstimmung einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB und KIDinitiative sowie einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die übrigen in der Vorlage unter Punkt 5.6 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009
Vorlage: 0142/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 4.202.098,50 EUR und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 1.741.436,99 EUR gemäß § 83 Absatz 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2010
Vorlage: 0141/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 dem Rat einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung gegeben:

1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung des Haushaltsjahres 2010 in Höhe von insgesamt 45.200,00 EUR wird gemäß § 83 Absatz 2 GO NRW erteilt.
2. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 47.239,39 EUR und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 402.765,48 EUR werden gemäß § 83 Absatz 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

9 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2011**

Vorlage: 0140/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils insgesamt 501.000,00 EUR gemäß § 83 Absatz 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

10 **Jahresabschluss der Stadt Bergisch Gladbach zum 31.12. 2009**

Vorlage: 0159/2012

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in der Sitzung am 20.03.2012 in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei einer Enthaltung der Freien Wähler folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss macht sich den Bericht der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl und Partner GmbH vom 28. Februar 2012 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2009, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang sowie dem Lagebericht, und den uneingeschränkten kommunalen Bestätigungsvermerk gemäß § 101 Absatz 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu eigen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden eigenen Bestätigungsvermerk, der vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet wird, zusammen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat daraufhin in separater Abstimmung dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei einer Enthaltung der Freien Wähler folgende Beschlussempfehlung gegeben:

2. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW:
 - a) der Jahresabschluss der Stadt Bergisch Gladbach zum 31. Dezember 2009 und der dazugehörige Lagebericht werden in der am 28. Februar 2012 durch die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl und Partner GmbH geprüften und am 20. März 2012 im Rechnungsprüfungsausschuss bestätigten Fassung festgestellt.
 - b) der Jahresfehlbetrag in Höhe von 18.043.756,52 EUR wird aus der im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildeten Ausgleichsrücklage entnommen.
 - c) die Ratsmitglieder erklären sich mit der Haushaltsführung des Bürgermeisters einverstanden und entlasten ihn für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

11 **Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr**

2011 in das Haushaltsjahr 2012 im Kernhaushalt

Vorlage: 0127/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 einvernehmlich auf eine Beratung der Vorlage Nr. 0127/2012 verzichtet.

12 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0170/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

13 Schulentwicklung Sekundarstufen

Vorlage: 0120/2012

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 13.03.2012 auf Antrag der SPD die Beratung der Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages einstimmig vertagt.

Zudem hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport die Vorlagen Nr. 0146/2012 und 0147/2012 (Anträge der Fraktion KIDitiative) unter diesem Tagesordnungspunkt behandelt.

Den Antrag der Fraktion KIDitiative – Vorlage Nr. 0146/2012 – hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport einstimmig angenommen und damit folgenden Beschluss gefasst:

Die Diskussion und Abstimmung über Schulstandorte und Schulschließungen wird nur durchgeführt, wenn die Verwaltung mehrere Varianten mit Vor- und Nachteilen und eine nachvollziehbare Aussage über die Streichung von anderen Varianten, auch über den Schulentwicklungsplan hinaus, vorlegt.

Die Beratung des Antrages der Fraktion KIDitiative – Vorlage Nr. 0147/2012 – hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport einvernehmlich vertagt.

Einen in der Sitzung gestellten Sachantrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB, Ziffer 3 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ändern, dass die Elternbefragung im Monat Dezember 2012 durchgeführt werde, hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB und gegen eine Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Beratung eines in der Sitzung vorgelegten Sachantrages der FDP-Fraktion, die Verwaltung möge rechtzeitig vor einer abschließenden Beschlussvorlage ergänzende Informationen erheben und den Mitgliedern des Ausschusses vorstellen, wurde einvernehmlich vertagt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat dem Rat daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben.

3. Die Verwaltung führt bis zum 30.09.2012 eine Elternbefragung in allen Grundschulen durch, um das Wahlverhalten beim Übergang auf eine weiterführende Schule zu erfragen.

14 Festlegung der Platzzahlen im außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14

Vorlage: 0081/2012

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integri-

on, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 01.03.2012 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Aus Gendergesichtspunkten wird dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 06.03.2012 dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB folgende, auf Antrag der SPD-Fraktion ergänzte Beschlussempfehlung gegeben:

In den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 werden bis zu 2.350 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gemäß den städtischen Richtlinien gefördert. Dazu werden im Haushaltsjahr 2012 insgesamt 5.412.650 € (brutto) und ab dem Haushaltsjahr 2013 5.418.337 € (brutto) zur Verfügung gestellt. Der steigenden Nachfrage muss in der Zukunft haushaltspolitisch Rechnung getragen werden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist in der Sitzung am 13.03.2012 mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB dieser ergänzten Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 22.03.2012 dieser Beschlussempfehlung an den Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB gefolgt.

15 Annahme einer Schenkung

Vorlage: 0133/2012

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 13.03.2012 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Schenkung wird angenommen. Herrn Joseph Schex soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

16 Aufhebung der HSK Maßnahme 4.450.3 "Übertragung der Trägerschaft für die Galerie Villa Zanders"

Vorlage: 0112/2012

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 13.03.2012 dem Rat einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die HSK Maßnahme 4.450.3 „Übertragung der Trägerschaft für die Galerie Villa Zanders“ wird aufgehoben.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 22.03.2012 dieser Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig gefolgt.

17 Abschluss einer Vereinbarung mit der NRW Stiftung zur Nutzung des Anbaus am Schulmuseum Katterbach

Vorlage: 0113/2012

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 13.03.2012 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, anhängende Vereinbarung mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege („NRW-Stiftung“) abzuschließen.

18 **Vorschlag zur neuen Ausgestaltung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz**

Vorlage: 0518/2011

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 17.11.2011 die Beratung der Vorlage einstimmig vertagt.

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 22.11.2011 ebenfalls die Beratung der Vorlage mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB vertagt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 01.03.2012 dem Rat einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die im Rat am 18.10.2011 beschlossene Regelung wird bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung fortgeführt.

Der Jugendhilfeausschuss ist in der Sitzung am 06.03.2012 dieser Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig gefolgt und hat gleichzeitig folgende Beschlüsse gefasst:

Der Jugendhilfeausschuss appelliert an den Rat der Stadt Bergisch Gladbach, vermehrt Mittel bereitzustellen, um die Bildung und Teilhabe von jungen Menschen zu unterstützen.

Der Jugendhilfeausschuss bittet den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann unter der Voraussetzung, dass Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind, bei der Ausgestaltung der Richtlinien diesen Aspekt (=Bildung und Teilhabe von jungen Menschen) aufzugreifen.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 22.03.2012 dieser Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig gefolgt.

19 **Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zur interkommunalen Verbrauchergenossenschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW**

Vorlage: 0136/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

1. Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zur interkommunalen Verbrauchergenossenschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW.
2. Der Bürgermeister wird bevollmächtigt – vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung des Genossenschaftsanteils –, die entsprechende Beitrittserklärung zu unterzeichnen und der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

20 **Bebauungsplan Nr. 5580 - Bockenberg Haus 4 -
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung
- Beschluss zum Städtebaulichen Vertrag
- Beschluss als Satzung**

Vorlage: 0085/2012

Der Planungsausschuss hat in der Sitzung am 15.03.2012 dem Rat in separater Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages jeweils einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des BP Nr. 5580 – Bockenberg, Haus 4 – gemäß § 3 Absatz 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

- T 1 Rheinische NETZGesellschaft mbH wird entsprochen,
- T 2 Landesbetrieb Straßen NRW, Autobahnniederlassung wird teilweise entsprochen,
- T 3 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
- T 4 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird teilweise entsprochen.

Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden zur Kenntnis genommen.

- II. Der Städtebauliche Vertrag wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

- III. Der BP Nr. 5580 – Bockenberg, Haus 4 – wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW als Satzung beschlossen und dazu die Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB.

21 Neubesetzung der Stellvertretung des Bürgermeisters als Gesellschaftervertreter in der GL Service gGmbH/Weisungspflichtiger Geschäftsvorfall

Vorlage: 0036/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Stellvertretung des Bürgermeisters Herrn Lutz Urbach in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH soll wie folgt neu geregelt werden:

- Herr Stadtkämmerer Jürgen Mumdey wird als Stellvertreter des Bürgermeisters in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH nach § 113 (1) S. 3 GO NRW abberufen.
- Zum neuen Stellvertreter des Bürgermeisters in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH wird nach § 63 (2) i.V.m. § 113 (2) GO NRW Herr Bruno Hastrich gewählt.

22 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

22.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2012 (eingegangen am 14.02.2012) zur Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann

Vorlage: 0115/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

22.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2012 (eingegangen am 09.03.2012) zur Umbesetzung im Verwaltungsrat der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

Vorlage: 0166/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

23 Anträge der Fraktionen

23.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 06.03.2012 (eingegangen am 07.03.2012) zum Haushalt 2012/2013

Vorlagen: 0162/2012 und 0162/2012/1

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 22.03.2012 die Vorlage Nr.

0162/2012/1 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam mit der Vorlage Nr. 0161/2012 beraten. Es wird auf die in dieser Darstellung unter TOP A 5 dargestellten Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen.

23.2 Antrag der SPD-Fraktion (eingegangen am 15.03.2012) zur Begrenzung der Zahl der verkaufsoffenen Sonntage auf zwei Termine pro Kalenderjahr

Vorlage: 0171/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

24 Anfragen der Ratsmitglieder

Eine Erläuterung erübrigt sich.



Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0177/2012
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	29.03.2012	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt *A 4.*

Mitteilungen des Bürgermeisters;

hier: Übertragungen von Ermächtigungen im Erfolgs- und Vermögensplan aus dem Haushaltjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt der Mitteilung

Gem. § 22 Abs.1 und 2 GemHVO sind Ermächtigungen in das folgende Jahr übertragbar. Die Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen bleiben damit bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Die Ermächtigungen für investive Auszahlungen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.

Nach den Vorgaben der Aufsichtsbehörden für Nothaushaltskommunen ist es erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen möglichst gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Hierbei sind alle Projekte erneut auf den Prüfstand zu stellen. Nicht in Anspruch genommene Ermächtigungen für Auszahlungen, deren Grundlage entfallen ist oder die frühestens im übernächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden könnten, sind abzusetzen.

Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat gem. § 22 Abs. 4 GemHVO eine Übersicht der Übertragungen vorzulegen. Entsprechende Übersichten sind als Anlagen beigefügt. Zu den Anlagen ist noch zu ergänzen, dass der Übertrag der investiven Auszahlungen in Höhe von 2.668.836,30 € bereits zu 816.418,38 € durch Aufträge gebunden ist. Die restlichen 1.852.417,92 € beziehen sich auf die Fortführung bereits begonnener Maßnahmen.

Im Bereich der Bauunterhaltung und Bewirtschaftung sollen hingegen nur Mittel in Höhe der bereits vergebenen Aufträge in Höhe von 279.141,72 € übertragen werden.

Aufwendungen und Erträge sowie investive Auszahlungen und Einzahlungen, die noch das Jahr 2011 betreffen, aber erst in 2012 bekannt werden, werden zur periodengerechten Abgrenzung noch in das Haushaltsjahr 2011 verbucht. Dies führt in entsprechender Höhe zu einer Minderung der oben und in den Anlagen genannten Ansätze. Diese Ansätze sind damit als Höchstgrenze zu verstehen.

Die Übertragungen von Ermächtigungen im Erfolgs- und Vermögensplan aus dem Haushaltsjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach werden entsprechend den Anlagen zur Kenntnis gegeben und nach Kenntnisnahme durch den Rat an die Aufsichtsbehörde übersandt.

Aufstellung der investiven Einzelmaßnahmen, für die eine Ermächtigungsübertragung unabdingbar ist:

I-Auftrag	Konto	Betrag	Begründung
I 82333543	7851000	6.704,82 €	bereits begonnene Maßnahme
Rest-Baukosten Pavillon Berufskolleg u. Neubau	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333600	7851000	1.142.426,65 €	bereits begonnene Maßnahmen
Baukosten Schulen allgemein	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333001	7851000	68.245,12 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten städtische Häuser	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333002	7851000	18.188,49 €	bereits begonnene Maßnahme
Betriebshof Obereschbach - Beseitigung Abwassermissstand	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333630	7851000	4.131,79 €	bereits begonnene Maßnahme
Sanierung Pumpe Weiß	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333003	7851000	148.618,01 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten Bürgerhaus Bergischer Löwe	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333004	7851000	99.748,02 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten Rathaus Bensberg	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333005	7851000	56.131,65 €	bereits begonnene Maßnahme
Bruchsteinsanierung am Rathaus Bensberg	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333007	7851000	96.412,83 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten Stadthäuser	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333008	7851000	23.167,42 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten Jugend- und Sozialgebäude	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333516	7851000	293.101,77 €	bereits begonnene Maßnahme
DBG-Containerklassen und PCB-Sanierung	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82338001	7826000	215.230,53 €	bereits begonnene Maßnahme
Betriebs- und Geschäftsausstattung	BuG über 1.000 €		
I 82333020	7851000	300.000,00 €	bereits begonnene Maßnahme
Kanalichtheitsprüfung u. Kanalsanierung	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333503	7851000	28.563,70 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten Neubau Turnhalle GGS Gronau	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333504	7851000	17.140,49 €	bereits begonnene Maßnahme
Baukosten Berufsschulen	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333545	7851000	2.146,73 €	bereits begonnene Maßnahme
BK Berufsschulen: Küche Berufskolleg	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333547	7851000	142.152,59 €	bereits begonnene Maßnahme
Sanierung Naturwissenschaften IGP	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333548	7851000	916,81 €	bereits begonnene Maßnahme
Plankosten Gesamtsanierung NCG	AZ-Hochbaumaßnahmen		
I 82333700	7851000	5.808,88 €	bereits begonnene Maßnahmen
Baukosten Mensen Schulen	AZ-Hochbaumaßnahmen		
		2.668.836,30 €	

Zusammenfassung aus den Bereichen Bewirtschaftung und Bauunterhaltung, für die eine Ermächtigungsübertragung unabdingbar ist:

Konten	Betrag	Begründung
Bewirtschaftung	98.507,03 €	Übertrag der bereits in 2011 erteilten Aufträge
Bauunterhaltung	180.634,69 €	Übertrag der bereits in 2011 erteilten Aufträge
	279.141,72 €	

zu TOP A 5 - Haushalt 2012 / 2013 und Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022

weitere Änderungen zum Entwurf

002.330 Bürgerbüros

Teilergebnisplan	2011		2012		2013		2014		2015		2016		Hin- wei- se
	Ansatz €	Ansatz nach Änderungsliste €	Veränderung €	Ansatz neu €	Ansatz neu €	Veränderung €	Plan neu €	Plan nach Änderungsliste €	Veränderung €	Plan neu €	Plan nach Änderungsliste €	Veränderung €	
05 * Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	60.000	27.400	80.000	80.000	80.000	80.000	-60.000	80.000	80.000	-60.000	
4420000 Erstattungen vom Bund	0	0	27.400	27.400	80.000	80.000	80.000	80.000	-60.000	80.000	80.000	-60.000	
4424001 Erstattungen vom Land													
4424001 Erstattungen Personalkosten (örtl. Bereich)				32.600	80.000	80.000	80.000	80.000	-60.000	80.000	80.000	-60.000	
Ordentliche Erträge			60.000	32.600	80.000	80.000	80.000	80.000	-60.000	80.000	80.000	-60.000	
11 - Personalaufwendungen			32.600	32.600	80.000	80.000	80.000	80.000	-60.000	80.000	80.000	-60.000	
5012000 Vergütungen tarifliche AN	598.863	473.323	32.600	32.600	479.021	479.021	484.741	484.741	-489.588	489.588	489.588	-494.368	494.368
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			40.000	40.000	870.000	870.000	907.600	907.600	-925.276	925.276	925.276	-940.000	940.000
5210000 Aufwand, Fertigung, Verfr., Waren	510.000	775.000	40.000	40.000	870.000	870.000	907.600	907.600	-925.276	925.276	925.276	-940.000	940.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen			30.500	30.500	31.500	31.500	30.500	30.500	-10.000	100.000	100.000	-10.000	100.000
5428001 Aufwand Lehramt, Tätigkeit	330		103.100	30.500	31.500	31.500	30.500	30.500	-50.000	100.000	100.000	-10.000	100.000
Ordentliche Aufwendungen			103.100	30.500	31.500	31.500	30.500	30.500	-50.000	100.000	100.000	-10.000	100.000
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-43.100	-43.100					-10.000			-10.000	
Finanzergebnis													
Ordentliches Ergebnis			-43.100	-43.100					-10.000			-10.000	
Außerordentliches Ergebnis													
Ergebnis			-43.100	-43.100					-10.000			-10.000	

Begründung:

Durch die vorgezogene Landtagswahl entstehen zusätzliche Kosten in 2012 und der Rhythmus der Wahlen ändert sich entsprechend.

Aus diesen Änderungen ergibt sich folgender Gesamtergebnisplan:

Gesamtergebnisplan 2012 / 2013

Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2011 €	Ansatz 2012 €	Ansatz 2013 €	Plan 2014 €	Plan 2015 €	Plan 2016 €
Steuern und Abgaben	107.017.633	110.919.499	116.217.014	121.301.903	126.677.729	129.170.711
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41.857.619	43.322.384	45.178.906	46.228.419	47.843.979	49.359.883
+ Sonstige Transfererträge	2.845.203	3.301.253	3.887.583	2.154.575	2.171.906	2.189.564
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.128.665	19.050.697	19.122.692	19.119.143	19.108.091	19.108.091
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.812.866	9.698.408	9.738.791	9.757.096	9.695.444	9.714.818
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen						
+ Sonstige ordentliche Erträge	12.924.797	15.276.023	14.996.120	14.846.526	14.839.697	14.855.083
+ Aktivierte Eigenleistungen	5.971.909	5.962.747	5.962.747	5.962.747	5.962.747	5.962.747
+/- Bestandsveränderungen						
Ordentliche Erträge	197.658.712	207.551.001	213.103.853	219.770.489	226.299.593	230.360.927
- Personalaufwendungen	45.846.822	48.636.668	49.254.239	49.756.233	50.083.045	50.734.691
- Versorgungsaufwendungen	5.292.937	6.135.600	6.319.000	6.506.130	6.700.691	6.902.785
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	18.710.473	20.623.705	21.183.647	20.862.269	21.095.692	21.856.294
- Bilanzielle Abschreibungen	7.462.669	7.125.289	7.068.100	7.156.950	7.062.593	7.110.361
- Transferaufwendungen	107.842.191	114.553.342	116.838.578	120.296.489	123.530.496	125.599.389
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.066.478	26.147.052	26.116.670	26.119.462	26.370.511	25.528.271
Ordentliche Aufwendungen	210.221.590	223.421.656	226.830.234	230.699.533	234.943.019	237.721.791
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-12.562.878	-15.870.655	-13.726.381	-10.929.044	-8.543.426	-7.360.863
+ Finanzerträge	0	255.000	255.000	255.000	255.000	255.000
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.896.604	4.495.971	5.172.319	5.426.624	5.644.776	5.894.973
Finanzergebnis	-4.896.604	-4.240.971	-4.917.319	-5.171.624	-5.389.776	-5.329.973
Ordentliches Ergebnis	-17.459.482	-20.131.626	-18.643.700	-16.100.748	-13.933.202	-12.690.836
+ Außerordentliche Erträge	24.231	23.581	23.581	23.581	23.581	23.581
- Außerordentliche Aufwendungen	-24.231	-23.581	-23.581	-23.581	-23.581	-23.581
Außerordentliches Ergebnis						
Ergebnis	-17.483.713	-20.155.207	-18.667.281	-16.124.329	-13.959.783	-12.714.417

Anlage 3 a)





Änderungsvorschläge zum Entwurf des Doppelhaushalt 2012/13

Änderungen in Teilplänen:

040.410 Kulturförderung Zusätzliche Förderung der freien Kultur	+3.000 €
005.500 Hilfe für Menschen in Notlagen Durchführung einer kommunalen Armutskonferenz zur örtlichen Bedarfsermittlung, Mittel zur Abdeckung sozialer Ergänzungsmaßnahmen	+15.000 €
005.520 Seniorenbegegnungsstätten Rücknahme Kürzungsbeschluss	+60.000 €
013.770 Stadtgrün Spielplatzpflege: Erhöhung des Ansatzes auf 100.000 €, verbunden mit dem Auftrag, im JHA den Spielplatzbedarf im Stadtgebiet zu überprüfen sowie vermehrt Spielplatz(pflege)patenschaften aus der Bürgerschaft zu suchen	+ 55.000 €
Summe Haushaltsverschlechterung	+ 133.000 €
Deckungsvorschlag Einführung einer Zweitwohnungssteuer Diese Maßnahme ist als zusätzliche dauerhafte Ergebnisverbesserung mit den gesamten voraussichtlichen Nettoeinnahmen in das HSK aufzunehmen	-150.000 €
damit Haushaltsverbesserung	-17.000 €

Vorschläge für Präzisierung der HSK-Maßnahme:

Standortschließung Schule

1. Reuterstr., 2. Kleefeld, 3. Ahornweg, 4. OH-Schulzentrum

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Priorisierung sowie die weiteren formalen Notwendigkeiten,
wie von der Bezirksregierung gefordert, auszuarbeiten und entsprechend zu ergänzen

Sperrvermerke mit Aufträgen an Verwaltung:

I 77512302 Erweiterung Friedhof Herkenrath

Sperrvermerk 50.000 € mit der Maßgabe, die Erweiterung kritisch zu überprüfen und vorher das 20
Jahre alte Friedhofskonzept unter Einbeziehung aller städtischer, kirchlicher und privater Friedhöfe
fortzuschreiben. Aufhebung des Sperrvermerks im UKV durch Beschluss.

Investitionsliste für Kunstrasenplätze Stadion + Refrath

Einstellen in Haushalt, aber Sperrvermerk bis zur endgültigen politischen Entscheidung. Aufhebung der Sperrvermerk durch entsprechende politische Beschlüsse.

Änderungen in der Investitionsliste:

Investitionsmitteln zur Öffnung der Fußgängerzone Bensberg

Bereitstellung von Investitionsmitteln im Haushalt 2012/2013 mit Sperrvermerk, der durch Maßnahmenbeschluss im zuständigen Ausschuss aufgehoben wird. + 65.000 €
Gegenfinanzierung durch Reduzierung des Ansatzes in I 82333008 7851000
Baukosten Jugend- und Sozialhäuser -65.000 €

Umbenennung des Titels I 8233 3549 785 1000 „Generalsanierung Saaler Mühle“ in „Sanierung weiterführende Schulen“

Begründung: Da wir noch keinen Beschluss im Bezug auf die HSK-Maßnahme „Standortschließung Schule“ getroffen haben, können diese Investivmittel damit für die Sanierung des beizubehaltenden Standorts verwendet werden, wo diese am dringendsten sind.

Weitere Prüfaufträge:

001.010 Gleichstellung

Reduzierung Personal auf gesetzliches Mindestmaß = Reduzierung Personalkosten

Prüfauftrag an die Verwaltung für eine Organisations- und Produktuntersuchung

Verwaltung soll Angebote einholen für eine Organisations- und Produktuntersuchung der Stadtverwaltung mit externer Steuerung und Moderation. Erfahrungen Dritter, z.B. der vom Kreis kürzlich durchgeführten Untersuchung, sind einzubeziehen.

Prüfauftrag Stelle Bundeskinderschutzgesetz mit Sperrvermerk

Es soll geprüft werden, ob statt zwei Stellen vorerst nur eine Stelle zur Umsetzung und lokalen Konzepterarbeitung eingesetzt werden. Abschließende Beratung im zuständigen Fachausschuss

Prüfauftrag Stelle Emission und Lärmschutz mit Sperrvermerk

Es soll geprüft werden, ob diese neue Stelle für die Stadt gem. Konnexität Kosten verursacht und wer diese letztlich trägt.

Bergisch Gladbach, 21.03.2012

Peter Mömkes
CDU-Fraktionsvorsitzender

und Fraktionsmitglieder

Dr. Reimer Fischer
FDP-Fraktionsvorsitzender

und Fraktionsmitglieder



Änderungsvorschläge (2) zum Entwurf des Doppelhaushalt 2012/13

Bei folgenden Produktgruppen beantragen CDU und FDP einen Sperrvermerk bis zur endgültigen Klärung der im Haushaltsplan angegebenen Beträge bzw. Veränderungen:

<u>Produktgruppe</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Zeile</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Haushaltsjahr</u>	<u>Betrag der Sperre</u>
001.200	Finanzmanagem.	15	Transferaufw.	2013	225.000
005.520	Förder. fr. Träger	11	Personalaufw.	2012, 2013	60.000
010.650	Denkmalschutz	11	Personalaufw.	2013	50.000
014.736	Umweltschutz	11	Personalaufw.	2012, 2013	50.000

Begründungen erfolgen mündlich

Bergisch Gladbach, 23.03.2012

Peter Mömkes
CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Reimer Fischer
FDP-Fraktionsvorsitzender

und Fraktionsmitglieder

und Fraktionsmitglieder



Bergisch Gladbach,

20.03.2012

Günter Ziffus, Fraktionsvorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

**A. Liste der von uns erarbeiteten Wünsche zum HH-Entwurf
2012.2013 und zum HSK vom 19.03.2012:**

Nr.	Thema	HH-Stelle	HH-Seite	Änderungswunsch u. Belastung
-----	-------	-----------	----------	------------------------------

A. Verschlechterungen

1.	FB 5: Kein Abbau der Seniorenbetreuung	5.520.1	S. 295	<u>2012: -60.000 €</u> <u>2013 f: -55.000 €</u>
2.	FB 5: Löwenpass	5.339.000	S. 75	<u>2012 f: -30.000 €</u>
3.	Förderung der freien Kulturszene:	040.410		<u>2012 f.: - 3.000 €</u>
4.	Hilfe für Menschen in Notlagen (Armutskonferenz)	005.500		<u>2012 f.: - 15.000 €</u>
5.	Stadtgrün: Mehr Geld für Spiel- platzpflege	013.770		<u>2012 f.: - 55.000 €</u>

1. - 5.: Verschlechterungen gesamt ab 2012: 2012 f.: -163.000 €

B. Verbesserungen

6.	Öffnung der FGZ Bensberg			<u>2012: + 65.000 €</u>
7.	FB 3: - Keine 15 Freiminuten beim Parken . Schranken an den abgetr. Parkplätzen.			<u>2013: + 200.000 €</u>
8.	Abschlag des RBK wg. Senkung der LV-Umlage (2012) / Senkung der Kreisumlage (ab 2013)			<u>2012 f.: + 400.000 €</u>
9.	Zweitwohnungssteuer:			<u>2012 f.: + 135.000 €</u>
10.	Hotelsteuer			<u>2012 f.: + 700.000 €</u>

- | | | |
|-----|---|----------------------------|
| 11. | Gewerbesteuer: + 10 %-Pkt. | <u>2012 f. + 500.000 €</u> |
| 12. | Grundsteuer: + 10 %-Pkt. | <u>2012 f. + 400.000 €</u> |
| 13. | Maximal 61 Fraktionssitzungen für RM
(Beschluss von 5 Fr.-mitgl.
d. Grünen bei 4 Gegenst.
u. 3 Enth.u. 1 Abwes.) | <u>2012: + 6.500 €</u> |

6. - 13.: Verbesserungen gesamt ab 2012: 2012 f.: + 2.406.500 €

C. Bilanz der Verschlechterungen und der Verbesserungen ab 2012: 2012 f.: + 2.243.500 €

Vorteile dieser Lösungen:

Beim HSK der vom BM vorgeschlagenen Lösung steigen die Kassenkredite von 100 Mio € bis 2019 auf dann 154 Mio €. Erst dann beginnt der Abbau um ca. 18 Mio €. auf dann 136 Mio € im Jahr 2022. Ein ausgeglichener Gesamthaushalt liegt erst 2022 vor.

Bei den von uns vorgeschlagenen Verbesserungen steigen die Kassenkredite nur bis 2017 um 35 Mio € auf dann 135 Mio €. Danach beginnt deren Abbau um 25 Mio € auf dann 110 Mio €. Das heißt, wir beginnen bereits 2018 mit dem Schuldenabbau und haben ab ca. 2020/21 einen ausgeglichenen Haushalt.

D. Ergänzende HSK-Maßnahmen nach 2013:

- | | | | |
|-----|---|----------|---|
| 18. | FB 4 und FB 8:
Einfügung der
Kulturbetriebe
in einen Stadt-
betrieb | | Damit entfallen ca. 4,5 Mio €
an Kosten im Kern-HH ab 2015.
Stattdessen erhält der FB 8
4,5 Mio € mehr an kostendecken-
der Miete |
| 3. | FB 4: Keine Ein-
sparung eines
Schulstandortes | 4.40011 | <u>2016 f: -900.000 €</u> |
| 4. | FB 4: Kein Abbau
d. Schulbibliotheken | 4.400.13 | <u>2015 f: - 40.000 €</u>
<u>Bis 2022: -120.000 €</u> |
| 5. | FB 4: Kein Abbau.
d. Bibl. Paffr | 4.400.14 | <u>2016 f: -35.000 €.</u>
<u>Bis 2019 f.: -133.000 €</u> |

Mit freundlichen Grüßen

.....
G. Ziffus

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Finanzen

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0127/2012
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	22.03.2012	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	29.03.2012	Entscheidung

Tagesordnungspunkt *A 11*

**Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom
Haushaltsjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 im Kernhaushalt**

Beschlussvorschlag:

Der Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 wird zugestimmt.

Sachdarstellung / Begründung:

Gem. § 22 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) bleiben Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Wurden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahres verfügbar.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist es aber erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen möglichst gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Hierbei sind alle Projekte erneut auf den Prüfstand zu stellen. Nicht in Anspruch genommene Ermächtigungen für Auszahlungen, deren Grundlage entfallen ist oder die frühestens im übernächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden können, sind abzusetzen.

Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat gem. § 22 Abs. 4 GemHVO eine Übersicht der Übertragungen vorzulegen, damit diese einer kritischen Überprüfung unterworfen werden können. Eine entsprechende Übersicht ist als Anlage beigefügt.

Der Ratsbeschluss über die Ermächtigungsübertragungen wird entsprechend den Vorgaben aus dem Leitfaden zur Haushaltssicherung der Aufsichtsbehörde unverzüglich angezeigt.

Ermächtigungsübertragungen 2011 nach 2012

I-Auftrag	Konto	Betrag €	Begründung
I 10525001 Aus-/ Umbaukosten zentral (DV)	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	31.574,86	Für die Beseitigung der vom GPA in 2010 festgestellten Mängel in der IT-Sicherheit soll zunächst ein Gesamtkonzept aufgestellt werden, so dass die Maßnahmen noch nicht begonnen wurden.
I 10528001 EDV-Gesamtverwaltung	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	10.215,71	
I 20021300 Lizenzen Kosy	7821000 AZ immaterielle Wirtschaftsgüter	32.660,00	Die Einführung der neuen Haushalts- und Controlling-Software Kosy wurde in 2011 beauftragt, jedoch noch nicht umgesetzt.
I 37023300 Baumaßnahmen Gerätehaus Refrath	7851000 AZ Hochbaumaßnahmen	420.637,46	Die Maßnahme konnte in 2011 noch nicht abgeschlossen werden.
I 37028001 BGA Brandschutz	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	48.500,00	Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden
I 37513300 Baumaßnahme Wache West	7851000 AZ Hochbaumaßnahmen	468.767,17	Die Maßnahme konnte in 2011 noch nicht abgeschlossen werden.
I 37528001 BGA Notfallrettung	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	54.000,00	12 Georouting-Datenterminals à 4.500 € wurden beauftragt, aber noch nicht beschafft.
I 40025002 Ausbau OGS, Ersatzbesch. BGA	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	5.000,00	Ein Ende 2011 zugesagter Zuschuss an einen Träger einer Offenen Ganztagschule für eine neue Betreuungsguppe gelangt erst in 2012 zur Auszahlung.
I 40028001 BGA Schulen allgemein	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	9.000,00	Ende 2011 hat sich herausgestellt, dass die Beschallungsanlage in der Aula des Schulzentrums Herkenrath (zugleich auch Bürgerzentrum) dringend erneuert werden muss. Wegen des Weihnachtsgeschäftes konnte die Maßnahme nicht mehr in 2011 vergeben werden.
I 42011001 Medien	7827000 bewegliche Sachen unter 410 €	700,00	Ende Dezember 2011 ist eine Spende - zweckgebunden für die Medienanschaffung in der Stadtbücherei - eingegangen. Wegen des engen Zeitfensters konnte die Bestellung/Anschaffung der gewünschten Medien in 2011 nicht mehr abgewickelt werden.
I 49513002 Kleinere Sanierungsmaßnahmen	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	24.735,90	Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden
I 49513301 Flachdachsanieerung Stadion	7851000 AZ Hochbaumaßnahmen	31.524,04	Die Maßnahme konnte in 2011 noch nicht abgeschlossen werden.
I 56010999 Investitionszuschüsse Kindertagesstätten	7818000 Zuschüsse an übrige Bereiche	178.879,13	Die entsprechenden Zuschüsse wurden bereits bewilligt und die Baumaßnahmen begonnen, jedoch noch nicht abgeschlossen, so dass eine Endabrechnung in 2011 noch nicht möglich war.
I 61044300 Planung Regionale 2010	7891000 AZ sonstige Investitionen	260.977,84	Wegen Verzögerung in der Beschlussfassung für die Stadtmittelpunkt West und die Rahmenplanung sind die Mittel in 2011 nicht wie geplant abgefließen.
I 62048001 BGA Vermessung	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	5.311,57	Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden

Ermächtigungsübertragungen 2011 nach 2012

I-Auftrag	Konto	Betrag €	Begründung
I 73614001 Ausgleichsmaßnahmen Umweltsch.	7891000 AZ sonstige Investitionen	5.805,48	für begonnene Ausgleichsmaßnahme Eichen
I 73614300 Lärmschutz	7891000 AZ sonstige Investitionen	5.521,60	Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden
I 76014006 Gehwegergänzungen	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	18.706,56	durch RheinEnergie begonnene Maßnahme in der Rommerscheider Straße, an die die Gehwegerneuerung anschließt
I 76014305 Erneuerung Straßenbeleuchtung	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	91.460,04	rechtliche Verpflichtung (Verkehrssicherungspflicht)
I 76014316 Driescher Kreuz	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	111.048,63	Schlussrechnung steht noch aus
I 76014320 Erneuerung Brücken	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	30.000,00	begonnene Maßnahme
I 76014328 Plan.kosten Straßen Gronau	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	123.417,55	begonnene Maßnahme
I 76014332 Bachdurchlass Olefant	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	31.688,02	begonnene Maßnahme
I 76014337 Ersatzmaßnahme Tannenbergsstraße	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	29.620,76	begonnene Maßnahme
I 76014342 Klutstein	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	53.911,51	Schlussrechnung steht noch aus
I 76014344 Straßenbaupr. 2010 Kaule	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	315.000,00	durch Kanalbau begonnene Maßnahme, an die der Straßenbau anschließt
I 76014351 Straßenbauprogramm 2011 - Breslauer Straße	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	160.999,96	begonnene Maßnahme
I 76014352 Straßenbauprogramm 2011 - Erschließungsgebiet Königsberger Straße	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	180.000,00	begonnene Maßnahme
I 76014353 Straßenbauprogramm 2011 - Am Meiler	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	180.000,00	begonnene Maßnahme
I 76014354 Straßenbauprogramm 2011 - Fußwege Kippekausen	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	269,03	Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden
I 76014356 Sanierung Wirtschaftswege Ottohscheid/Oberdreispringen/Breitenweg	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	60.000,00	kein Maßnahmebeginn in 2011 (Verzögerung wg. Klärung einer evtl. Förderung im Zuge des Projektes RadRegionRheinland), jedoch rechtliche Verpflichtung (Verkehrssicherungspflicht)
I 76014357 Frankenstraße	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	49.581,05	begonnene Maßnahme

Ermächtigungsübertragungen 2011 nach 2012

I-Auftrag	Konto	Betrag €	Begründung	
I 76014335 Regionale 2010: Erneuerung FG-Zone Bergisch Gladbach (neu: I 76014363)	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	717.907,07	In Abstimmung mit der Kommunalaufsicht stellen die zum Regionale-Projekt stadt :gestalten gehörenden Einzelmaßnahmen insgesamt ein Gesamtprojekt dar, dessen Durchführung in 2010 begonnen wurde. Damit sind bei den entsprechenden I-Aufträgen Ermächtigungsübertragungen zulässig.	
I 76014345 Regionale 2010: Bahnhofsvorplatz	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	153.379,52		
I 76014346 Regionale 2010: Grün Driescher Kreuz	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	100.000,00		
I 76014347 Regionale 2010: Aufwertung Stadtkante	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	10.000,00		
I 76014348 Regionale 2010: Stadtboulevard	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	20.000,00		
I 76014349 Regionale 2010: Straßenbau Buchmühle	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	30.000,00		
I 76014350 Regionale 2010: Fronhofplatz	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	20.000,00		
I 77014312 R 2010 stadt :gestalten - Marienberg Freiraumkonzept	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	10.000,00		
I 77014313 R 2010 stadt :gestalten - Quirisberg Freiraumkonzept	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	10.000,00		
I 77014311 R 2010 stadt :gestalten - Parkanlagen Buchmühle und Forum	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	75.279,49		
I 76514001 Parkeinrichtungen	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	6.517,47		Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden
I 77012016 Gestaltung Grünanlagen	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	1.022,92		Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden
I 77012308 Baukosten Naherholungsanlagen	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	1.245,31		Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden□
I 77014301 Regionale 2010	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	22.460,82		anteilige Rückzahlung von Fördermitteln wegen der reduzierten Ausführung der Teilmaßnahme Strundeprojekt, Rad-/Fußweg (u. a. wegen des abgebrochenen Wettbewerbs Wachendorf)

Ermächtigungsübertragungen 2011 nach 2012

I-Auftrag	Konto	Betrag €	Begründung
I 77014303 R 2010 RegioGrün: Pulvermühle	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	10.092,92	begonnene Regionale-Maßnahmen (RegioGrün)
I 77014306 R 2010 RegioGrün: Campus Gronau	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	3.210,00	
I 77014307 R 2010 RegioGrün: Wanderweg Queller/Vollmühlenweg	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	32.027,54	
I 77014309 R 2010 RegioGrün: Wegeleit- und Informationssystem	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	64.234,16	
I 77014314 Herrenstrunden	7852000 AZ Tiefbaumaßnahmen	4.595,15	rechtliche Verpflichtung (Verkehrsrückstellungspflicht)
I 77018008 BGA Spielplätze	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	25.935,01	
O 77012600 Wege Diepschrather Mühle KP II	7852001 AZ Tiefbaumaßnahmen KP II	0,00	begonnene KP II-Maßnahmen (mit entsprechenden Einnahmen)
O 77012601 Rundweg Kahnweier KP II	7852001 AZ Tiefbaumaßnahmen KP II	6.297,42	
O 77012602 Wege Pafrather Mühle KP II	7852001 AZ Tiefbaumaßnahmen KP II	934,18	
O 77012603 Spielplatz Diepschrather Mühle KP II	7852001 AZ Tiefbaumaßnahmen KP II	2.509,14	
O 77012604 Trimmichparcours KP II	7852001 AZ Tiefbaumaßnahmen KP II	80,55	
O 77012605 Spielplatz Kahnweier KP II	7852001 AZ Tiefbaumaßnahmen KP II	17.015,30	
I 77511002 EDV-Software	7821000 AZ immaterielle Wirtschaftsgüter	22.600,00	
I 77512007 Wegebau Bestattungswesen	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	32.000,00	
I 77512301 Baukosten Friedhof Refrath	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	16.241,85	
I 77512302 Erweiterung Friedhof Herkenrath	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	198.901,20	
I 77512303 Einbau Grabkammern Herkenrath	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	165.000,00	
I 77512304 Begräbniswald Reuterstraße	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	1.045,82	Vormerkungen in dieser Höhe vorhanden

Ermächtigungsübertragungen 2011 nach 2012

I-Auftrag	Konto	Betrag €	Begründung
I77512305 Baukosten Friedhof Bensberg	7853000 AZ sonstige Baumaßnahmen	31.491,40	begonnene Maßnahme
I77518007 EDV-Ausstattung	7826000 bewegliche Sachen über 410,00 €	2.000,00	Anschaffung ist bereits erfolgt.
Summe		4.843.538,11	



Absender
FDP-Fraktion

Drucksachen-Nr.

0162/2012/1

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
FDP-Fraktion

zur Sitzung:
Haupt- und Finanzausschuss am 22.03.2012
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 29.03.2012

Tagesordnungspunkt A 13.1

Antrag der FDP-Fraktion vom 06.03.2012 (eingegangen am 07.03.2012)
zum Haushalt 2012/2013

Inhalt:

Mit Schreiben vom 06.03.2012 (eingegangen am 07.03.2012) beantragt die FDP-Fraktion, verschiedene Ansätze des Haushaltes 2012/2013 zu ändern.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Controllingbericht nicht immer ohne weiteres als Grundlage für die Haushaltsplanung der Folgejahre herangezogen werden kann, da er lediglich einer Prognostizierung der Erträge und Aufwendungen und somit des Gesamtergebnisses **im jeweiligen** Haushaltsjahr dient.

Unberücksichtigt bleiben daher immer Kostensteigerungen und die Übernahme neuer Aufgaben.

Zu den beabsichtigten Kürzungen und Anmerkungen wird wie folgt Stellung genommen:

Kürzung des Zuschussbedarfs um 25.000 € bei Produktgruppe 001 130 -Stadtmarketing, Öffentlichkeitsarbeit-

Da es sich bei der Abweichung zwischen Jahresprognose 2011 und Ansatz Entwurf 2012 beim Ergebnis in Höhe von 57.224 € rein um Abweichungen bei den Personalaufwendungen handelt (hier Abweichung 58.862 €) und hier eine Verpflichtung besteht, kann die Kürzung nicht vertreten werden. Die Abweichung ist in erster Linie begründet durch die Wiederbesetzung der Stelle der Leitung des Bereichs BM-130 -Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit- im September 2011.

Kürzung des Zuschussbedarfs um 20.000 € bei Produktgruppe 002 330 -Bürgerbüros-

Die festgestellte Abweichung zwischen Jahresprognose 2011 und Ansatz Entwurf 2012 beim Ergebnis in Höhe von 79.729 € ist in erster Linie auf erhöhten Bedarf bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 16) in Höhe von insgesamt 217.431 € zurückzuführen. Allein die Aufwendungen für den Kauf der Personalausweise bei der Bundesdruckerei sind um 260.000 € gestiegen. Demgegenüber stehen erhöhte Erträge bei den Verwaltungsgebühren (Zeile 4) in Höhe von 93.000 €.

Außerdem steigt der Anteil der Abführung von Verwaltungsgebühren für Führerscheine, Führungszeugnisse etc. um 22.000 €.

Da es sich hierbei um pflichtige Bereiche handelt, ist auch hier eine entsprechende Kürzung nicht vertretbar.

Kürzung des Zuschussbedarfs um 130.000 € bei Produktgruppe 004 420 -Stadtbücherei-

Die festgestellte Abweichung zwischen Jahresprognose 2011 und Ansatz Entwurf 2012 beim Ergebnis in Höhe von 171.956 € ist in erster Linie bei den Erträgen in einer Größenordnung von 129.102 € festzustellen und dies wiederum in Höhe von insgesamt 89.108 € bei nicht beeinflussbaren Erträgen (52.222 € bei der Auflösung von Sonderposten; 36.886 € bei der Entnahme Altersteilzeit-Rückstellung). Bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten wird außerdem gegenüber der Jahresprognose 2011 mit geringeren Erträgen in Höhe von 39.994 € (alleine bei der Kostenerstattung durch andere Kommunen Verringerung um 10.000 €) gerechnet.

Eine weitere Abweichung in Höhe von 45.652 € ist bei den Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen auszumachen. Auch diese Position ist nicht beeinflussbar.

Kürzung des Zuschussbedarfs um 50.000 € bei Produktgruppe 008 495 -Sportstätten-

Die festgestellte Abweichung zwischen Jahresprognose 2011 und Ansatz Entwurf 2012 beim Ergebnis in Höhe von 62.381 € ist in erster Linie bei den Aufwendungen für bilanzielle Abschreibung (Abweichung 49.765 €) zu finden. Diese Position ist nicht beeinflussbar. Eine weitere Abweichung (49.765 €) ist bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auszumachen. Dies resultiert in erster Linie daraus, dass kleinere Sanierungsmaßnahmen in